

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0  
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15

## Inhalt

ARD und ZDF sollten aus dem Karlsruher Gebühren-Urteil keine falschen Schlüsse ziehen und die Kosteneinsparung fortsetzen, rät der Vorsitzende der Medienkommission beim SPD-Vorstand **Reinhard Klimmt MdL**.

Seite 1

Die russischen Atomkraftwerke werden immer mehr zu gefährlichen Zeitbomben. Auch im Westen sollten die Alarmglocken schrillen, fordert **Dr. Klaus Kübler MdB**.

Seite 2

Die Kohlregierung verfügt über keinerlei jugendpolitisches Konzept, stellt nach der Antwort auf die Große Anfrage der Koalitionsfraktionen zur Jugendpolitik der Regierung, der jugendpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, **Ralf Walter MdB** fest.

Seite 3

49. Jahrgang / 37

23. Februar 1994

### **Karlsruher Urteil kein Freibrief**

**ARD und ZDF müssen Kosteneinsparung fortsetzen**

Von **Reinhard Klimmt MdL**

**Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand**

Wichtigster Bestandteil des Urteils ist die klare und uneingeschränkte Bestätigung der Gebührenfinanzierung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die Rechtfertigung der Gebührenpflicht für alle Rundfunkteilnehmer ohne Rücksicht auf ihre Nutzungsgewohnheiten. Diese Klarstellung gibt der zukünftigen Diskussion über die Finanzierung des dualen Rundfunksystems eine unmißverständliche Grundlage.

Die Notwendigkeit, das Verfahren zu konkretisieren, trifft nicht den Grundsatz, daß die Länderparlamente durch die Ratifizierung von Staatsverträgen das letzte Wort haben.

Eine Korrektur ist demnach nur beim Verfahren des Zustandekommens der Staatsverträge notwendig. Ich erneuere meinen Vorschlag, die Gebühren für den laufenden Betrieb an den Preissteigerungen zu orientieren (Indexierung) und nur bei strukturellen Änderungen neue staatsvertragliche Grundlagen zu schaffen.

Ich rate ARD und ZDF, aus dem Urteil keine falschen Schlüsse in Bezug auf die aktuelle Spardiskussion zu ziehen und die Politik der Kosteneinsparung fortzusetzen. Die in den Leitsätzen erwähnten Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sind untrennbar mit dem Recht auf Gebührenfinanzierung verbunden.

(-/23. Februar 1994/hgs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 18 01 67, 53087 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

\*\*\*\*\*

Kostenlos  
mit wertvollen Rezepten  
Kochbuch



**Alarmglocken müssen schrillen**  
**Russische Atomkraftwerke werden immer mehr zu Zeitbomben**

Von Dr. Klaus Kübler MdB

Erst im Herbst des vergangenen Jahres hatte der Vizepräsident des russischen Staatskonzerns Rosenergoatom, Jewgenij Ignatenko, nachdrücklich auf den finanziellen Bankrott der russischen Atomindustrie und das dadurch erhöhte Unfallrisiko in russischen Atomkraftwerken verwiesen. In ihrem soeben veröffentlichten Jahresbericht hat nun auch die zentrale russische Atomkontrollbehörde "Gosatomnadsor" und deren Vorsitzender, Juri Wischnewski, Alarm geschlagen und vor dem sich dramatisch verschlechternden Sicherheitsstandard der gesamten zivilen und militärischen Atomwirtschaft in Rußland gewarnt.

Die Atomkontrollbehörde beklagt zahlreiche Verstöße gegen Sicherheitsnormen, die zunehmenden Diebstähle von Nuklearmaterial und auch insbesondere die finanzielle Misere der zivilen und militärischen Kernwirtschaft Rußlands. Die Arbeitsmoral und Arbeitsmotivation der Belegschaften nimmt ständig ab; eine besonders alarmierende Situation für die Sicherheit der Kernkraftwerke. Notwendige Reparaturmaßnahmen werden nur noch unvollständig ausgeführt. Hauptursache der Finanzkrise der Nuklearwirtschaft ist die faktische Zahlungsunfähigkeit des Staates und der überwiegend staatlichen Stromabnehmer.

Die Behörde Wischnewskis hat im übrigen auch keine wirksamen Möglichkeiten, gegen Mißbräuche und Verstöße effektiv vorzugehen.

Gravierend für die Gesamtsituation und die Gesamtbewertung tritt hinzu, daß das russische Verteidigungsministerium nicht bereit ist, die Zuständigkeit der Atomkontrollbehörde für den militärischen Bereich zu akzeptieren und in militärischen Atomanlagen Inspektionen zuzulassen.

Im Hinblick auf die sich weiter massiv verschlechternde wirtschaftliche und finanzielle Situation in Rußland und insbesondere auch der Ukraine, ist auch von einer sich weiter massiv verschlechternden Sicherheitslage der Nuklearindustrie in Rußland und in der Ukraine auszugehen - ganz abgesehen davon, daß zum Beispiel der Tschernobyl-Reaktor-Typ, die 15 sogenannten RBMK-Reaktoren einschließlich Tschernobyl selbst, - munter und bedenkenlos ohne jede relevante Nachrüstung weiterbetrieben werden.

Trotz der alarmierenden Verschärfung des Sicherheitsrisikos sind bislang keine relevanten Maßnahmen eingeleitet worden, die mittel- oder längerfristig Abhilfe schaffen könnten. Stattdessen bleiben Störfälle, wie beispielsweise der schwerste Atomunfall nach der Katastrophe von Tschernobyl, in der Plutoniumfabrik in Tomsk-7, hinsichtlich sicherheitstechnischer Konsequenzen folgenlos. Vielmehr sieht die russische Energiepolitik noch vor, bis zum Jahr 1995 drei weitere Atomanlagen vom Typ Tschernobyl in Betrieb zu nehmen.

Hier müssen nicht nur im Osten - dort ist das Thema offensichtlich wenig interessant genug -, sondern auch im Westen die Alarmglocken schrillen.

Es sind deshalb auch schwere Vorwürfe gegen die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) in Wien zu erheben, die sich offensichtlich in hohem Maße nachlässig gegenüber Sicherheitsproblemen in den östlichen Kernkraftwerken verhält.

Die Internationale Atomenergieorganisation ist aufgefordert, sich intensiv mit dem dramatisch wachsenden Risikopotential in russischen und ebenso ukrainischen und anderen östlichen Atomkraftwerken auseinanderzusetzen und deren Weiterbetrieb gegebenenfalls zu unterbinden.

Auch die Bundesregierung und die Europäische Union insgesamt müssen dies zum Chef-Thema machen, weil das Risiko einer nuklearen Katastrophe im Osten zu groß geworden ist.

Wollen wir sehenden Auges auf diese Katastrophe zusteuern?

(-/23. Februar 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

### Eine verpaßte Chance

**Regierung und Koalition verfügen über kein umfassendes Konzept für den Bereich Jugend**

**Von Ralf Walter MdB**

**Jugendpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Wenn die Fraktionen der Regierungskoalition ihrer Bundesregierung in den Zeiten der Krise der öffentlichen Finanzen eine Große Anfrage zu einem hochsensiblen Thema stellen, darf damit gerechnet werden, daß da auch ein paar ordentliche Steilvorlagen dabei sind, damit die Exekutive glänzen kann. Das ist legitim und in Ordnung, wenn's denn gut gemacht wird. Bei der vorliegenden Großen Anfrage der Koalitionstraktionen zur Lage der Jugend sind schon die meisten Fragen so platt, daß man sich über die Antworten nicht mehr wundern kann.

Eine Kostprobe: "Welche Wertvorstellungen verbinden Jugendliche mit den Begriffen Familie und Ehe?" Wohlgermerkt, dies ist kein Aufsatzthema für die Sekundarstufe I an einem konfessionellen Gymnasium, sondern die Frage 10 einer Großen Anfrage in der 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages. Welch ein Staatsverständnis haben eigentlich Fraktionen und Parlamentarier, um von einer Regierung Antworten auf derartige Fragen zu erwarten?

Nachdem nun auch die Antworten der Bundesregierung vorliegen, erweist sich, daß die vermeintlichen Steilpässe für rhetorische Glanzleistungen der Regierung allzu leicht zu einem Parforceritt des Phrasendreschens verführen:

"Politik für junge Menschen ist nach Auffassung der Bundesregierung Politik für die Zukunft. Deshalb erschöpft sich die Politik der Bundesregierung nicht in Jugendpolitik, sondern sie stellt ihr umfassendes politisches Konzept auch in den Dienst junger Menschen."

Soweit die Einleitungssätze dieser unserer Exekutive. Als hätt's der Kanzler selbst verbrochen...

"Welche Probleme ergeben sich für Jugendliche, deren Eltern eine neue Partnerschaft eingegangen sind, beim Zusammenleben mit Kindern aus einer anderen Ehe?"

Und, so möchte man gerne nachfragen, welcher Problemlösungsdruck entsteht aus jeder nur denkbaren Antwort der Regierung für den bundesdeutschen Staat?

Man hätte den konservativen Duktus der ganzen Anfrage möglicherweise besser ertragen, wenn Fragen wie die beiden zitierten etwa die nach den - vorhandenen - Problemen der heutigen Jugend vorangegangen wären. Wieviele Jugendliche, soziologisch, geographisch und nach Geschlecht aufgeschlüsselt, sind heute arbeitslos? Wie sieht die Situation an den Universitäten aus, wieviele Studenten kommen mittlerweile auf einen Studienplatz beziehungsweise auf einen Hochschuldozenten, wieviele Studenten müssen zur Finanzierung ihres Studiums wie lange arbeiten und um wieviel verlängert diese Arbeit ihre Studienzzeit? Welches sind die Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit vor allem im Osten, welche psychosozialen Folgen hat diese, was tut die Bundesregierung gegen die Arbeitslosigkeit und was tut sie zur Bewätigung dieser Folgen?

Nichts dergleichen. Die Anfrage ist kein Steilpaß, sondern eine Vorlage für Belanglosigkeiten, und lediglich im Kapitel "Gewalt und Kriminalität" vermag die Bundesregierung aufgrund der ihr vorliegenden fundierten Studien (bes. Willems u.a.: Fremdenfeindliche Gewalt) Informationen zu geben, die tatsächlich brauchbar sind für politische Folgerungen. Doch da stellt sich natürlich die Frage: Warum werden diese Folgerungen von der Regierung nicht gezogen, wo sie ihr doch längst vorliegen?

Gelegentlich gewinnen die Antworten der Bundesregierung einen geradezu realistischen Einschlag:

"Die Familienpolitik der Bundesregierung hat sich zur Aufgabe gemacht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß jungen Menschen eine Entscheidung für die Familie und für das Leben mit Kindern erleichtert wird, Familien gesellschaftlich anerkannt, gestärkt, gerecht besteuert, wirtschaftlich gefördert werden und ihr Leben so gestalten können, wie sie es selbst möchten..." usw.

Wer die heutige Realität der Familienpolitik kennt, und weiß, wie unterschiedlich sich der Kinderfreibetrag nach Steuern auswirkt, der kann leicht nachvollziehen, daß Familien gerade durch die Politik der Bundesregierung ein Luxus geworden ist, der nur noch unter materiellen Opfern oder für gut bis sehr gut Verdienende erschwinglich ist. Eine Tatsache ist schließlich immer noch die Besteuerung des Existenzminimums von Kindern und Jugendlichen.

Die Regierung und die sie tragende Koalition aber versuchen das herunterzubuchstabieren auf eine reine Frage des Wertewandels und geißeln dann den grassierenden Hedonismus. Das ist in der Tat absurd.

Interessant aber auch die Frage: "Wirkt sich die zunehmende Erwerbstätigkeit beider Elternteile beziehungsweise des alleinerziehenden Elternteils auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen aus?"

Auf die Frage, warum eigentlich so oft beide Elternteile erwerbstätig sind, ob sie es vielleicht sein müssen, kommt man in den Reihen dieser Koalitionsfraktionen nicht, und das ist sehr bezeichnend.

Unvergessen ist das Wort vom "kollektiven Freizeitpark Deutschland". Dazu immerhin sagt die Antwort der Bundesregierung ungefragt das Passende:

Westdeutschland erscheint "als eine Freizeitgesellschaft mit vielen Freizeitangeboten, wenig freier Zeit und relativ viel Arbeit. Ostdeutschland zeigt sich dagegen als eine Arbeitsgesellschaft mit wenig Arbeit, viel unfreiwilliger Freizeit und wenig Freizeitangeboten."

Die Bundesregierung stellt fest, 95 Prozent des westdeutschen und 83 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen seien mit ihrem Leben zufrieden - und das seien doch schöne Mehrheiten! Daß der Umkehrschluß darauf hindeutet, daß im Osten der Anteil der Unzufriedenen um 350 Prozent höher liegt als in Westdeutschland, geht bei der Bundesregierung unter in einer Ideologie blühender Landschaften. Ja, es wird sogar eine "Übereinstimmung der Wertorientierungen in Ost und West" als Fazit konstatiert, obwohl schon wenige Absätze später die offenkundigen sozialen Ängste vor Abstieg und Arbeitslosigkeit im Osten benannt werden.

#### **Fazit:**

In der mangelnden Präzision oder völligen Richtungslosigkeit der Fragestellungen wird eines vor allem deutlich. Regierung und Koalition verfügen eben nicht über ein umfassendes politisches Konzept für den Bereich Jugend. Sie können noch nicht einmal die notwendigen Fragen zutreffend formulieren. In diesem Zustand dennoch die Chuzpe aufzubringen und den Anspruch zu formulieren, eine Anfrage "zur Lage der Jugend" aufzulegen, macht immerhin das schlechte Gewissen deutlich, das die jugendpolitische Untätigkeit der Bundesregierung nach sich zieht. Die Anfrage war nur ein Alibi, die Antwort darauf fällt nicht besser aus. Sie ist eine empirische und statistische Fleißarbeit (wie üblich) und bleibt doch konzeptionell völlig aussageelos. Schade, denn das ist auch eine verpaßte Chance.

(-/23. Februar 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*